

# Schweizerzeit

*Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit*

«**Ja** zur Schweiz»

*Marie-Antoinette regiert*

2

*Freiwillig verhüllt?*

15

*Sozialhilfegesetz nein!*

19

«Waldhaus» oberhalb Mogelsberg SG  
Bild: Marianne Kläger, Mönchaltorf ZH



Die Verwaltungs-Mandarine haben sich eingenistet

# Marie-Antoinette regiert

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Frühmorgens – bei bedrückter Stimmung und Minustemperaturen, mitten in der schlimmsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, ein Grossteil der Schweizer Volkswirtschaft ist unter staatlichem Diktat abgewürgt – setzt Bundesrat Cassis eine Twitter-Nachricht ab: «In Mali angekommen, eines der wärmsten Länder der Erde.» Anschliessend pflanzt Cassis einen Baum, besucht mehrere Suppenküchen für Islamisten und weiht eine Burka-Nähstube ein, alles reichlich mit Schweizer Entwicklungshilfegeldern begossen. Nachrichten des Herrn Cassis, die zum Fluchen in aramäischer Sprache befähigen.



Während sich in der Schweiz das Volk «einen abfriert» und die Schlange vor der Gratis-Lebensmittel-Abgabestelle in Zürich-Nord aufgrund von Kurzarbeit und Entlassungen immer länger wird, macht der Herr Bundesrat mit Entourage auf Grandezza in den Tropen. Schwarze Mercedes-Limousinen der hochkorrupten afrikanischen Eliten, Gästevillen und Ausflüge zu nie gehörten Palmeninseln in Westafrika folgen. Daheim sollen sie Kuchen essen, wenn kein Brot mehr vorhanden ist. Solche Reisen zulasten des Steuerzahlers haben für den Schweizer Bürger den gleichen Wert, als würde Cassis die Jungferninseln oder Timor-Leste besuchen. Nämlich gar keinen.

Am Volk vorbei  
Die Schweiz macht eine interessante Entwicklung durch. Das Reisli des Tessiner Krankenkassenlobbyisten (war er doch) in warme Gefilde mitten im Winter für mehrere Millionen Franken ist nur eines von vielen Beispielen der letzten Zeit. Der Staat – oder besser gesagt: die unantastbare Blase der Mandarine, welche sich im Staat eingenistet haben – foutiert sich immer mehr um seine Bürger. Die Mandarine haben ihre eigene Agenda, eine Agenda, die immer stärker am Volk vorbeidrifft – doch dies kümmert sie wenig. Schliesslich ist das jährliche Durchschnittsgehalt eines Bundesbeamten mittlerweile auf sage und schreibe

120'000 Franken angeschwollen (Zum Vergleich: Das Durchschnittsgehalt eines Schweizer Bankers beträgt 105'600 Franken). Fette Pensionskassenbeiträge und geschützte Werkstätten mit dem Recht, den Hund ins Büro mitzunehmen, kommen noch dazu.

## Neue Arroganz

Diese für das Schweizer Wesen abstossende neue Arroganz der Bundeseliten, dieses Am-Volk-vorbei-Politisieren ist nicht nur eine Eigenart des traditionell hoch-näsigen EDA, es hat mittlerweile Standardcharakter erreicht in allen Bundesdepartementen. Aus diesem Grund sind die Verfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) in der desaströsen Pandemiepolitik in den Augen der Bundeskaste zu Bern gar kein Problem, sondern eine Selbstverständlichkeit. Dank der von der Nachkriegsgeneration generierten Kapitalkraft sollte die Schweiz eine führende Nation sein. Doch es kristallisiert sich gerade in dieser Pandemiekrise heraus: Die Schweiz ist zu einem im Geist des 19. Jahrhunderts verankerten Beamtenstaat verkommen.

Wo bleibt die Digitalisierung der Bildung? Die Umsetzung der Erkenntnisse über virale Ansteckungsmechanismen mittels Aerosolen? Der umfassender Schutz

## Churz & Bündig

Brandstifter von links: Die grosse Mehrzahl der Brandstifter von 2018/2019 in Deutschland steht links. Die Bundestagsfraktion der SED-Linken hat mit einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung Auskunft über die politische Motivation hinter den Brandstiftungen verlangt. Dies natürlich in der Hoffnung, neue Munition im Kampf gegen «rechts» zu bekommen. Die Antwort wurde für die Linke jedoch zum Eigengol: Bei 378 Brandanschlägen in den Jahren 2018 und 2019 hat das Bundeskriminalamt die folgenden politischen Motive ermittelt: 308 mal war es eine linke politische Motivation, 20 mal eine islamistische und 17 mal eine «rechte» politische Motivation.

(«Newsletter» vom 18.2.2021 von Vera Lengsfeld)

PS: Gemäss «Lagebericht 2020 des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB)», Seite 51, sieht es in der Schweiz ähnlich aus: «2019 wurden dem NDB 29 Ereignisse in Bereich des gewalttätigen Rechts- und 207 Ereignisse im Bereich des gewalttätigen Linksextremismus bekannt.»



**Geschenkgutscheine**  
à Fr. 250.– mit Fr. 50.– Rabatt

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

**Kopiererpapier**  
**Sensationelle**  
**Fr. 3.90**

500 Blatt, exkl. MWSt.+ Versand bar (10 P. = 10.–)

**OCotex AG – 041 799 50 00**



von Schulen und Gaststätten mit CO<sub>2</sub>-Messgeräten? (je mehr CO<sub>2</sub> in einem Innenraum, desto höher die virale Aerosolkonzentration). Wo bleibt der Einsatz von Luftfiltern mit HEPA-Filter? Wo bleiben die technisch längst machbaren Lösungen im Kampf gegen die Pandemie? Nirgends! Warum? Weil man in Bundesbern schlicht und einfach geschlafen hat. Die flächendeckende Schliessung ganzer Wirtschaftszweige ist die bequemere Lösung, macht halt viel weniger Arbeit. Milliarden werden auf unnütze Art und Weise verbraten, doch es sind die Milliarden der andern – der Unternehmer, Restaurateure, Ladenbesitzer, Immobilienvermieter. Die Beamtenkaste zu Bern sitzt derweil bequem im Homeoffice, und schwupp ist wieder ein Monat vorbei, und das Gehalt ist auf dem Konto gelandet.

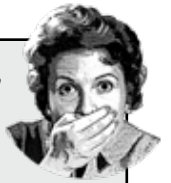
### Regierung ohne Perspektive

Dies führt längerfristig zu nichts. Das Volk ist verwirrt und irritiert, es kann nur noch die Faust im Sack machen, denn fürs Kuchenessen reicht es nicht mehr. Jede Pressekonferenz des Bundes wird schlimmer, die Perspektivlosigkeit unserer Regierung ist nicht mehr plausibel zu erklären. Sogar das ärmlichere südamerikanische Chile hat es geschafft, in Windeseile sämtliche auf dem Markt vorhandenen Covid-Impfdosen für die Bevölkerung einzukaufen und innerhalb einer Woche 1,3 Millionen Bürger zu impfen (bei einer Gesamtbevölkerung von 18 Millionen). Die Schweiz hat sich mittlerweile abgewöhnt, sich mit führenden Län-

## LACHEN VERBOTEN!

«Wer schweigt, stimmt nicht immer zu. Er hat manchmal nur keine Lust, mit Idioten zu diskutieren.»

Albert Einstein



dern zu vergleichen, denn die Mandarine zu Bern sind höchst zufrieden, abgeschlagenes Mittelmass zu sein.

Das ständige Eingreifen des Staates in die Schweizer Wirtschaft mit drakonischen Massnahmen, welche ganze Wirtschaftszweige in den Ruin treiben, ist doch gerechtfertigt, weil es im Namen der Volksgesundheit geschieht, werden einige Leser argumentieren. Richtig. So wäre es, wenn diese Eingriffe auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren würden. Doch sie tun es nicht. Im Gegenteil, evidenzbasierte Pandemiepolitik ist in der Schweiz bislang ein Fremdwort.

### Wo finden die Ansteckungen statt?

Seit mehreren Monaten weiss man, wo und wie Covid-Ansteckungen stattfinden. Je länger der Aufenthalt in einem Innenraum dauert, je mehr Menschen sich darin aufhalten und je schlechter die Frischluftzufuhr,

Fortsetzung auf Seite 5

### Der Leistungsausweis des Impforganisators Berset

cartoonexpress.ch  
Martin und Jürg Guhl





# MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



## ➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Loizwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18  
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



# KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

## DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



# WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

desto höher ist die Ansteckungsrate. Anhand dieser Grundmaximen hat Prof. Dr. Martin Kriegel, Technische Universität Berlin, einer der weltbesten Experten in Sachen Aerosole und Gebäudeklimatisierung, eine vielbeachtete Studie veröffentlicht, welche Klarheit schafft: In Theater, Kinos, Läden und Restaurants ist die Ansteckungsrate tief bis sehr tief, während sie in Schulzimmern hoch bis sehr hoch ist. Und was tut der Bundesrat? Er schliesst Theater, Kinos, Läden und Restaurants und lässt die Kantone den Präsenzunterricht in den Schulen verordnen – genau das Gegenteil der wissenschaftlichen Evidenz.

### Masseneinwanderung trotz Pandemie

Es stösst ausserdem sauer auf, dass im wirtschaftlich äusserst schwierigen Pandemiejahr 2020 die Einwanderung ungebremst weiterging: 119'606 EU-Bürger wanderten ein, wobei die Zahl der Stellensuchenden im selben Jahr 260'318 Personen betrug und jene der Arbeitslosen 163'545. (Dazu kommen – Stand Ende Oktober – 219'388 Kurzarbeiter). Der Staat schützt die ökonomischen Interessen der Inländer also längst nicht mehr. Sogar in schlimmen Pandemiezeiten kümmert er sich einen Deut um die Masseneinwanderung. Dies treibt breite Bevölkerungsschichten mittelfristig in den sozialen Notstand.

Neulich musste ich meinen Töchtern die Gedanken des englischen Philosophen und Aufklärers John Locke erklären. Locke prägte den Begriff des «Vertrags zwischen Staat und Bürger». Der Staat garantiert die Sicherheit, auch die gesundheitliche Sicherheit, das private Eigentum und die Freiheit des Bürgers. Dafür bezahlt dieser Steuern, und er respektiert die Normen und Gesetze. In der gegenwärtigen Situation lässt der Staat jedoch keine Gelegenheit aus, diesen sakrosankten Vertrag mit Füssen zu treten. Locke hat auch diese Eventualität berücksichtigt: Wenn der Staat die Sicherheit nicht mehr garantieren kann und ständig das Recht auf Privateigentum und die ökonomische Freiheit einschränkt, ist es für den Bürger legitim, Widerstand zu leisten.

*Isabel Villalon*

*Dieser Beitrag ist meine Form des Widerstands, denn Widerstand beginnt immer zuerst im eigenen Kopf.*



## Ihr Inserat

*in der Schweizerzeit:*

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

**Markus Rezzonico**  
Inserate-Akquise  
SVP-Delegierter  
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61  
markus.rezzonico@dietschi.ch

## Das Signal



Aus welchem Land der Erde erfährt Israel bereits seit einigen Jahren die zahlenmässig bedeutendste Einwanderung von Juden? Aus Russland? Aus nordafrikanischen Ländern – früher Spitzenreiter? Nein: Die stärkste Einwanderung von Juden nach Israel erfolgt seit Jahren aus Frankreich.

Warum das?

Weil die Juden Frankreichs mit zunehmender Besorgnis die anhaltende Masseneinwanderung aus islamischen Ländern nach Frankreich (und auch in andere westeuropäische Länder) beobachten. Und erleben, wie sich in französischen Vorstädten – zunehmend islamistisch beherrscht – Parallelrecht, Scharia-Recht weitgehend ungehindert entfaltet. Und auch militanter Antisemitismus. Für jüdische Kinder wird Unterricht in öffentlichen Schulen zunehmend lebensgefährlich.

Von den rabiaten islamistisch motivierten Angriffen auf Juden und auf Christen wird – wenn es nicht gerade um den Mord an einem Lehrer geht – schon lange kaum mehr berichtet – geschweige dagegen eingegriffen. Den Juden – den muslimischen Einwanderern zahlenmässig bei weitem unterlegen – wird klar: Niemand schützt sie wirklich. Von Seiten der das Scharia-Recht durchsetzenden Islamismus-Zellen schlägt ihnen offene Feindschaft entgegen. Deshalb weichen sie – wandern aus nach Israel. Ein Signal für Westeuropa: Gewalt, islamistische Aggression macht sich breit. Von Verteidigung der Freiheit kaum eine Spur.

Damit wird auch das wohl einfältigste Argument gegen das Verhüllungsverbot angesprochen: Es gäbe hierzulande ja höchstens drei Dutzend vollständig Verhüllte. Soll man also – wie in Frankreich – warten, bis das Scharia-Recht auch hierzulande ganze Vorstädte beherrscht? Bis Lehrer ermordet werden? Bis die muslimische Frauen-Entrechtung Tausende trifft?

Frankreich ist das Signal: Wer den Anfängen nicht wehrt, kann Frauen-Entrechtung und gewalttätigen Antisemitismus später, wenn die Islamisten Tausende mobilisieren können, nicht mehr stoppen.

Die hiesigen Feministinnen haben Bretter vor ihren Köpfen. Sie kämpfen, wenn sie das Verhüllungsverbot verhindern wollen, für die Entrechtung und Unterdrückung der Frauen.

*Ulrich Schlüer*

Spalte rechts

VOLL GELADEN FÜR IHR NÄCHSTES ABENTEUER  
**DER NEUE DISCOVERY  
SPORT PLUG-IN HYBRID**



ABOVE & BEYOND



Jetzt können Sie die Kinder noch effizienter und mit weniger Emissionen zu ihren verschiedenen Abenteuern begleiten – mit dem neuen Discovery Sport Plug-in Hybrid. Er ist so vielseitig, wie Sie und Ihre Familie es erwarten, dank der innovativen Kombination von Verbrennungs- und Elektromotor.



[emilfrey.ch](http://emilfrey.ch)

Ein «Ehrenmord» mit vielen Opfern

# Der St. Galler Lehrermord

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Vor 22 Jahren wollte Lehrer Paul Spirig eine Schülerin aus den Fängen eines kosovarischen Familientyrannen befreien. Das war sein Todesurteil.



Ded Gecaj immigriert 1991 mit Frau und fünf Kindern aus dem Kosovo in die Schweiz. Gecaj ist das Oberhaupt im «Clan», er fällt durch Gewalt auf. Opfer ist auch seine neunjährige Tochter Besarta. Regelmässig schlägt er sie brutal, würgt sie, tritt auf sie ein, wenn sie am Boden liegt. Seine Frau schaut zu und unter-

stützt ihn. Besarta wird zudem seit ihrem zehnten Lebensjahr von ihrem Vater sexuell missbraucht.

Das Mädchen darf an keinen Anlässen der Schule Engewies teilnehmen; weder an Schulreisen noch Exkursionen. Ihr 36-jähriger Lehrer Paul Spirig gewinnt das Vertrauen des Mädchens. Im Dezember 1998 holt Spirig Besarta von einer Brücke, von der sie vermutlich springen wollte, um sich das Leben zu nehmen. Irgendwann vertraut das Mädchen ihrem Lehrer an, dass sie zuhause seit dem zehnten Lebensjahr sexuell missbraucht wird. Das ist das Todesurteil für den Lehrer, Ded Gecaj will nun den Mitwisser eliminieren.

## Eliminationsmord

Am Morgen des 11. Januar 1999 klopft es an der Türe des Klassenzimmers von Spirig. Gecaj verlangt ein Gespräch. Spirig führt den Kosovaren ins Besprechungszimmer. Dort zieht dieser seine silberne Pistole Kaliber 45 hervor und erschießt den Lehrer seiner Tochter kaltblütig. Der Mörder macht drei Mädchen zu Halbwaisen. Gecaj springt aus dem Fenster, rast mit dem Auto in seine Wohnung und versteckt die immer noch geladene Waffe im Schlafzimmer. Dann taucht er ab in den Kosovo.

## Mord für die Familienehre

Nach ein paar Wochen wird er aber dort verhaftet und vor Gericht gestellt. Er macht geltend, nicht er, sondern der Lehrer habe seine Tochter sexuell missbraucht. Nach dem ungeschriebenen Gesetz des albanischen «Kanuns» habe diese Entehrung der Familie gerächt werden müssen. Zahlreiche Kommentatoren in den dortigen Medien zeigen Verständnis für den Mörder, der mit der Tat die «Familienehre» wiederhergestellt habe. Mit Erfolg: Gecaj wird äusserst milde bestraft und kommt nach zwei Jahren bereits wieder frei.

Die kosovarische Diaspora in der Schweiz ist geteilt. Einerseits wird der Mord verurteilt. Andererseits aber sehen viele Migrantinnen den Mörder als Held: Endlich

mal einer, der sich von der Schweiz nicht alles bieten lässt! Lehrerinnen und Lehrer im Schulhaus berichten von Drohungen. Die Ehefrau von Paul Spirig erhält noch Jahre nach dem Tod ihres Mannes anonyme Drohungen, und bis heute kann man in einschlägigen Foren lesen, dass Gecaj ein Opfer der schweizerischen Sicherheitsorgane sei. «Deda sah sich gezwungen, die Gerechtigkeit selbst in die Hand zu nehmen und sich an dem Lehrer zu rächen», kann man etwa lesen.

## Familienrache

Das Leben der Tochter Besarta ist wegen der Familienrache ebenfalls bedroht. Sie wird von den Behörden unter anderem Namen versteckt und unter Polizeischutz eingebürgert. Noch fast zehn Jahre nach der Tat versucht ein Bruder, ihren Aufenthaltsort ausfindig zu machen. Sie sei eine Lügnerin, die Schande über ihre Familie gebracht habe. Die Schweiz erwirkt nach jahrelanger Flucht die Auslieferung Gecajs. Im November 2010 bringt sich Ded Gecaj (damals 52) in der St. Galler Untersuchungshaft um. Die Schweiz diskutiert eine Weile lang über «Wegseher und fröhliche Multikultis». Friedliches Zusammenleben verschiedener Kulturen erfordere eine «Leitkultur». Davon sind wir heute weiter entfernt als je zuvor.

Hermann Lei

## Churz & Bündig

Die «Weltwoche» begrüsst einen neuen Mitarbeiter. Zum Einstieg platziert dieser folgenden Satz ins Blatt: «Die Integration funktioniert bei uns viel besser, als die Dauerdiffamierungen der SVP glauben machen; eine Partei, die dauernd nach Assimilation ruft und alles tut, um sie zu sabotieren.» Es gibt politische Gegner, mit denen, weil sie Argumente vorbringen, echte Diskussion möglich ist. Andere verlegen sich aufs blindwütige Schlagwort-Dreschen. Der neue Weltwoche-Mitarbeiter gehört zur zweiten Kategorie. Sonst wüsste er, wo Integration stattfindet: In den Gemeinden! Dort, wo tausende SVP-Gemeinderäte ihre Pflicht erfüllen. Diese unterscheiden sorgfältig zwischen Integrationswilligen einerseits, Kriminellen und nur auf Sozialhilfe Erpichten andererseits. Gegen diese zweite Sorte richteten und richten sich SVP-Vorstösse. In den Städten setzen grün-rote Mehrheiten oft Pauschallösungen, manchmal sogar zugunsten illegal Anwesender durch. Dort haben nicht SVP-Verantwortliche, dafür Büttner-Freunde das Sagen, die lieber dreschen als argumentieren. Ob daraus Integration entsteht?

us

## Leserbriefe

### Kann man diesem Bundesrat noch vertrauen?

Hunderttausende von Existenzen am Abgrund, ein Schuldenberg, höher als die Dufourspitze, elementare Freiheiten mit Füßen getreten, ständig absurdere Verbote und Pflichten, mit menschlichen Folgen, von denen wir uns lange nicht erholen werden. Kann man diesem Bundesrat noch vertrauen? Ich und immer mehr Leute können es nicht mehr. Der Bundesrat muss endlich eine überzeugende Strategie vorlegen und den Leuten, insbesondere im Gastronomiebereich, eine Perspektive für eine baldige Normalisierung geben.

*Dimitri Papadopoulos, Rheinfelden AG*

### Nein zum gläsernen Menschen!

Wem die Privatsphäre, der Datenschutz und die direkte Demokratie noch etwas bedeuten, der sollte die E-ID (Elektronische Identitätskarte) ablehnen, und zwar aus den folgenden Gründen: Seit etlichen Jahren versuchen Bundesrat und die Verwaltung, die Digitalisierung und Vernetzung im öffentlichen Bereich voranzutreiben. Bedenken kritischer Leute werden verharmlost oder als Verschwörungstheorien abgetan. Der Austausch persönlicher Daten zwischen verschiedenen Verwaltungsstellen, aber auch die Herstellung und Funktionsüberwachung dieser E-ID durch Privatfirmen, öffnet dem Missbrauch Tür und Tor. Die E-ID ist zudem überflüssig, da sie weder als Reisedokument im Ausland noch als Identitätsnachweis bei Kontrollen im Inland verwendet werden kann. Sollte das Volk

dieser E-ID zustimmen, so wird die Politik dies als Präjudiz zur baldigen Einführung des E-Voting auffassen. In Zukunft könnten dann allein Informatiker die Richtigkeit von Abstimmungen und Wahlen beurteilen, statt wie bisher vom Volk gewählte Mitglieder in den Wahlbüros. Dies könnte gerade bei knappen Ausgängen fatale Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit unserer direkten Demokratie haben. Stoppen Sie deshalb diese gefährliche Entwicklung mit einem Nein am 7. März!

*Robert Furrer, Oberkirch LU*

### Das Gewerbe – Rückgrat unseres Milizsystems

Das Interview von Ulrich Schlüer mit dem Solothurner Regierungsratskandidaten und Unternehmer Richard Aschberger (SZ Nr. 2/2021) hat mich beeindruckt. Das Gewerbe und die KMU müssen als tragende Säulen unserer Wirtschaft und Gesellschaft und unseres Milizsystems in der Politik und auch im Militär wieder mehr Gewicht bekommen. Leider ist ein politisches Mandat (v. a. im Bundesparlament) bald nur noch für Berufspolitiker attraktiv. Dies ist besonders bei jungen Linken zu beobachten, die noch nie richtig gearbeitet und Verantwortung getragen haben. «Vom Hörsaal direkt in den Ratssaal» scheint Schule zu machen. Gewerbler und Kleinunternehmer hingegen müssen ihr politisches Amt mit den beruflichen Herausforderungen in Einklang bringen. Immer mehr unsinnige



### Bremst die Schweiz den Fortschritt aus?

Ist die «Energievorlage 2050» das endgültige Aus für die Atomenergie in der Schweiz? Und ist Atommüll wirklich Müll? Solange der sogenannte «Atommüll» strahlt, ist es eben kein «Müll», sondern ein wertvoller Energieträger. In Russland werden schon seit einiger Zeit Kernreaktoren mit Nuklearabfällen betrieben. Diese werden wiederverwertet und nicht mehr «verbrannt». Das Negative: Die dazu eingesetzten Atomreaktoren, sogenannte «Schnelle Brüter», geniessen bezüglich Sicherheit noch nicht den besten Ruf. Gerade deshalb hat die Wiederverwertung von «Atommüll» Entwicklungspotenzial. Innovationen bezüglich Nuklearenergie sind dringend nötig – nicht nur was den Abfall betrifft. Der zunehmende Bedarf an elektrischer Energie erfordert einen durchschlagenden Forschungserfolg in der Kernenergie. Haben unsere Universitäten das Problem angepackt? Mit Sonnen-, Wind- und Wasserenergie allein schaffen wir den Mehrbedarf an elektrischer Energie nicht!

*Peter Schnyder, Ennenda*



sachlich  
entschlossen  
engagiert

RICHARD  
**ASCHBERGER**

in den **Regierungsrat**

[www.svp-so.ch/aschberger](http://www.svp-so.ch/aschberger)

Der Passwang-Club unterstützt Richard Aschberger,  
Regierungsratskandidat der SVP Kanton Solothurn.





Vorschriften und administrativer Aufwand sind eine derartige Belastung, dass ein Milizamt für sie kaum mehr in Frage kommt. Das Gewerbe kann nur dann eine treibende politische Kraft sein, wenn es (im Sinn der «SOS KMU»-Kampagne der «Schweizerzeit») von unsinnigen Belastungen befreit wird.

*Roger E. Schärer, Trin Mulin GR*

### Schleichende Islamisierung

Gegenwärtig läuft in Paris ein Prozess gegen drei Schweizer Islamisten wegen verschiedener Delikte in Frankreich. In der Schweiz planten die gleichen «Schweizer» ein Attentat auf einen SBB-Zug. In Biel wird ein moslemischer Asylant und Hassprediger seit Jahrzehnten als Sozialhilfebezüger unterstützt; er wurde bis heute nicht ausgeschafft. In Schaffhausen war ein moslemischer Asylant aus dem Irak, von der Sozialhilfe lebend, seit Jahren am Aufbau eines islamischen Netzwerkes tätig. Erst nach vielen Jahren der «Narrenfreiheit» stand er letztes Jahr vor Gericht. In St. Margrethen lebt ein moslemischer Asylant seit Jahren samt Grossfamilie in einem Haus, ebenfalls von der Sozialhilfe. Er weigerte sich stets, einen Job anzunehmen. Zum Thema «Lies»-Aktion (kostenlose Verteilung des Korans) habe ich mich einmal mit Ständerat Caroni, FDP, unterhalten, nachdem er am Fernsehen erklärt hatte, das sei kein Problem für die Schweiz ... Ich frage mich wirklich, ob dieser sogenannte Rechtsstaat nur für uns Steuerzahler gilt?!

*K.T. (Name der Redaktion bekannt)*

### Keine Toleranz gegenüber Intoleranten

In arabischen/islamischen Ländern beissen wir auf Granit, wenn es darum geht, christliche Kirchen instand zu halten, zu renovieren oder Gottesdienste abzuhalten. Christen müssen sogar Angst haben, während Gottesdiensten umgebracht zu werden. Die Verhüllung ist Ausdruck dieser Geisteshaltung. Darum: Nulltoleranz für Intolerante. JA zum Verhüllungsverbot!

*Florian Mura, Allschwil BL*

### Stopp dem Corona- und Stromchaos

Was sich die Linken und allen voran Bundesrat Berset an Unwahrheiten und Willkür im Bereich Corona leisten, geht auf keine Kuhhaut. Wenn der durch die Obrigkeit ohne plausible Begründung herbeigeführte wirtschaftliche Stillstand nicht rasch aufgehoben wird, führt das definitiv ins Chaos.

Das ganze Elend wird durch die sogenannte «Energie-wende», die früher oder später zu einem Strommangel führen wird, noch verschärft. Weil ich zurzeit kein Restaurant besuchen kann, werde ich, u.a. mit dem dadurch zwangsläufig gesparten Geld, bei der Firma Imfeld in Alpnach ein Notstromaggregat kaufen. Hier werde ich topseriös beraten und muss ich mir nicht Bersets Maskenlüge anhören: Zuerst «Masken nützen nichts» – dann Maskenpflicht mit Bussenandrohung (wegen des Virusimports, den wir u.a. der «Schen-gen-geilen» Polizeiführung zu verdanken haben). Und wenn es dann wegen Strommangels «chlöpft» und

dunkel wird, habe ich hausgemachten Strom für den Haushalt, den Hof, die Melkmaschine – und vielleicht auch für die Teslas und Elektrovelos, mit denen die Phantasten der erneuerbaren Energie so gerne herumfahren.

*Peter Jenny, Rothenburg LU*

### Lebensmittel werden teurer

Genau in der schwierigen Corona-Zeit kommen auch noch die Trinkwasser- und Pestizid-Initiative zur Abstimmung. Sie werden die Nahrungsmittelpreise in die Höhe schnellen lassen. Denn viele Bauern werden wegen den neuen Vorschriften aufhören, Lebensmittel zu produzieren. Dadurch wird Tür und Tor für billige und umweltschädlich produzierte Lebensmittel aus dem Ausland geöffnet. So kauft beispielsweise China auf der ganzen Welt Land zusammen. In Ostdeutschland findet man bereits Chinesisch angeschriebene Kuhställe mit tausenden Tieren (ehemalige Grossbetriebe aus DDR-Zeiten).

Bei mir hat jede Kuh noch Familienanschluss und einen Namen. Unseren Familienbetrieben macht man jedoch mit kostentreibenden Vorschriften das Leben schwer und importiert dann den Schund aus dem Ausland! So erhalten die Importeure das Monopol und bestimmen damit den Preis. Mit dieser «Strategie» untergräbt man die Selbstversorgung für unser Volk und verkauft damit die Seele und die Sicherheit der Schweiz. «Bauerntod bringt Volk in Not!» heisst es zurecht. Stärken wir unseren Bauernstand und damit auch die Schweiz!

*Vanessa Monhart, Bäuerin, Wildensbuch ZH*

### Pionierinnen sind wieder gefragt

Wie vor fünfzig Jahren, als weitsichtige Frauen für die Rechte der Frau eintraten, sind heute wiederum Pionierinnen gefragt, die unmissverständlich Stellung nehmen für die Rechte der Frau. In unserem Land begegnet man sich, selbst im Fall unterschiedlicher Meinung, mit freiem Geist und offenem Gesicht. So funktioniert unsere Demokratie. Unverzeihlich ist die Äusserung von Bundesrätin Keller-Sutter, es handle sich hier um eine blosser Frage der fraulichen Kleidermode! Für patriarchalischen Verhüllungszwang selbst gegen Kinder, für Unterdrückung, Züchtigung, Verstümmelung, Zwangsheiraten und Ehrenmorde, für Ghettos mit Scharia-Recht – aber auch für vermummte Chaoten und Attentäter – darf hier kein Platz sein. Darum gilt: Wehret den Anfängen: NEIN zum untauglichen Gegenvorschlag, und JA zur Verhüllungsverbots-Initiative am 7. März!

*Pierre Juchli, Adliswil ZH*

## Churz & Bündig

In einer ersten Abstimmungs-Arena haben die Befürworter der Ganzkörperverhüllung offenbar nicht gepunktet. Daher braucht es jetzt noch eine zweite. Mit KKS.

us

# STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

## Kinderfreuden

Sie (die Enkelin des Autors, Red.) hüpfte fröhlich durch den Garten, fing die ersten Schneeflocken mit ihren kleinen Händchen auf, liess einige auf ihrer Zunge zerschmelzen und tanzte mit den dicken weissen Flocken auf dem zarten weiss überzogenen Rasen, versunken in ihrer Zauberwelt! Nun sehnte sie den Tag herbei, bis endlich die Hänge und Hügel in der umliegenden Gegend mit genug Schnee überzogen waren, und konnte es kaum erwarten, bis sie mit Omi zum Rodeln mit ihrem neuen Schlitten aufbrechen durfte.

Wir rodelten ein-, zwei-, dreimal den Hang hinunter, kletterten wieder hinauf und wiederholten unentwegt den Spass, der im Moment die grösste Abwechslung zum trüben Alltag nach langem Verzicht auf Sport, Ballett, Reiten, Kindergeburtstage, Freunde treffen, Spielplatz und Kita darstellte. Einen Augenblick zeigten die fröhlichen Kinderaugen, das Lachen und Jauchzen und die ausgelassenen Kinderstimmen, dass das Trauma der letzten Wochen vergessen schien!

Am darauffolgenden Wochenende brachen die Eltern meiner Enkelin erneut auf, um mit ihr in der frischen Winterluft auf glitzernden weissen Hängen das Rodeln zu geniessen! Doch die Vorfreude nahm ein jähes Ende, als Flatterbänder, Verbotsschilder und Ordnungsbeamte den Zugang zu sämtlichen weiss verschneiten Hängen versperrten und Eltern mit ihren Kindern nach Hause zurück geschickt wurden.

*(Leserbrief in Tichys Einblick 03/2021)*

## Fasnacht

Es ist nun soweit: Wenn man in der Schweiz während der Fasnacht mit 1–4 Personen spazieren gehen will,

## Terroristen

Der Verlauf des Flüchtlingsstroms und dessen höchst problematischer Anteil an Islamisten und Terroristen lassen sich direkt an den Zahlen des Generalbundesanwalts ablesen. Demnach leitete der Generalbundesanwalt seit 2015 insgesamt 3026 islamistische Terrorverfahren ein. Eine geradezu unfassbare Zahl – wenn man sich vergegenwärtigt, dass beispielsweise ein Verfahren gegen eine fünfköpfige IS-Zelle in Berlin in die Statistik mit einem Terrorverfahren Eingang findet.

Die Zahl der Islam-Terroristen in Deutschland hat nach Schätzungen von Sicherheitsexperten längst fünfstelligen Dimensionen angenommen.

*(Stefan Schubert, Kopp-Report, 11.02.2021)*

ohne Kundgebung, ohne Versammlung, ohne vorgegebene Route, ohne exakte Startzeit, ohne Megaphone, ohne Piccolo und Trommel, mit einer stummen, nicht diffamierenden oder jemanden beleidigenden politischen Botschaft eines der Gründungsväter der amerikanischen Verfassung, alles im Rahmen der geltenden Covid-19-Bestimmungen, muss man offenbar eine Bewilligung einholen.

Anyway: Meine Frau und ich werden in jedem Fall spazieren gehen. Bewegung an der frischen Luft tut gut und an derselben ist man gemäss Frau Hurst, Vize-Präsidentin der Task Force, 20x weniger ansteckend. Alle weiteren Produkte unter [www.free-switzerland.ch](http://www.free-switzerland.ch).

*(Marco Caimi, Caimi-Newsletter 17/2021, 17.02.2021)*

## Übungsabbruch

«Bundesrat Ignazio Cassis muss nun schleunigst den Reset-Knopf finden, den er am Anfang seiner Amtszeit drücken wollte.» Das sagte der neue SVP-Präsident und Tessiner Ständerat Marco Chiesa Anfang Jahr der NZZ über den Entwurf zu einem bilateralen Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Chias Forderung ist nur logisch – und nicht neu: Seine Partei war und ist grundsätzlich gegen das Abkommen.

Neu ist, dass Chias Ruf nach «Übungsabbruch» in dieser Sache über seine Partei hinaus immer breitere Unterstützung findet: Pierre-Yves Maillard, Präsident des Gewerkschaftsbundes (SGB) und SP-Nationalrat (VD), sagte am 15. Januar der Aargauer Zeitung, «dass es klarer und ehrlicher wäre, einen kompletten Neubeginn der Verhandlungen anzustreben».

Maillard ist überzeugt: Der vorliegende Entwurf zum Abkommen hätte ohnehin «vor dem Volk kaum Chancen».

*(Niklaus Ramseyer, infosperber, 24.01.2021)*



**ZANETTI**  
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08  
Telefax 081 844 10 20  
Mail: [info@zanettispecialita.ch](mailto:info@zanettispecialita.ch)  
[www.zanettispecialita.ch](http://www.zanettispecialita.ch)

**Filiale Bahnhof Chur**  
(nur 1 Minute vom  
Billettschalter entfernt)  
Telefon 081 253 60 60

## Verhüllung und Migration: Flaggen des Islamismus



«Während der Islam früher durch Eroberungen und allmähliche Konversion der Bevölkerung nach Europa drängte, vollzieht sich heute seine Ausbreitung durch Migration.» (Bundeszentrale für politische Bildung, BPB, Bonn)

Schweizer Politiker, welche die Zeichen der Zeit erkennen, gibt es zum Glück. Zum Beispiel Nationalrat Walter Wobmann: «In vielen Regionen Europas ist der radikale Islam massiv auf dem Vormarsch. In Schweden, Deutschland, Belgien, Frankreich und England ist die Lage dramatisch: Gewaltübergriffe, Ablehnung polizeilicher Autorität, Einsetzung von Scharia-Recht.»

Europas Problemquelle sprudelt: Ungelöste Migrationsfrage, mäandernder radikaler Islam, arrogante Anspruchshaltung gegenüber dem Gastland, explodierende Sozialkosten. Kriminelle Intensiv-Täter, meist aus dem nordafrikanischen Maghreb, terrorisieren Europas Städte. Bei einer Ausweisungsverfügung nimmt sie ihr Heimatland gemäss EDA nicht zurück. Mit gutem Grund? Offenbar! Lange ignorierte Europa das Problem. Nun aber beginnt man sich unter dem Druck der unhaltbaren Situation zu wehren – endlich:

- Dänemark, lange Europas aufnahmewilligstes Land, lässt seine Ministerpräsidentin Mette Frederiksen (eine Linke!) verkünden: «Unser Ziel: Null-Asylgesuche!»
- Frankreichs Innenminister Gérald Darmanin: «Schluss mit liberaler Einwanderungspolitik angesichts des radikal-islamischen Terrors gegen unser Volk.»
- Englands Premier Johnson: «Der Islam überspannt den Bogen: Die Einwanderungsgesetze werden drastisch verschärft.»
- Entgegen Schwedens regierenden Sozialdemokraten, hat die Migrationskommission rigorose Schritte zur Eindämmung des islamischen Migrantstroms beschlossen.

Und die Schweiz? Gemäss aktueller Umfrage zur Abstimmung vom 7. März bilden 71 Prozent der Befragten mit klarem «JA zum Verhüllungsverbot» die deutliche Mehrheit nach politischem Grundtenor: Es besteht für die souveräne Schweiz absolut keine Verpflichtung, ihre Gesetze nach (radikal) islamischer Doktrin auszurichten. Darum am 7. März 2021 «JA zum Verhüllungsverbot»!

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch



### Das Büro Ha deckt auf!



Wir stehen in der Alpenrepublik vor zwei ruinösen Massnahmen, verursacht von Ahnungs- und Verantwortungslosen: Erstens plant Frau Sommaruga die **Abklassierung von LKW** der Stufen vier und fünf in die Maximalstufe. Zweitens steht das **sinnlose, ruinöse CO<sub>2</sub>-Gesetz** vor der Abstimmung.

Die ACEA (Association des Constructeurs Européens d'Automobiles – der europäische Automobilherstellerverband) hat eine Studie veröffentlicht. Danach sind in Europa 0,04 Prozent der schweren und mittelschweren LKW praktisch emissionsfrei unterwegs. Und jetzt soll die Schweiz in vorauseilendem Gehorsam die Abklassierung von LKW vornehmen, obwohl das «Durchschnittsalter» der Flotte bei unseren grössten Transportunternehmungen unter vier Jahren liegt? Die jährliche Schwerverkehrssteuer würde dann sage und schreibe zwischen 130'000 und 150'000 Franken betragen – dies pro Fahrzeug – und zusätzlich zu all den übrigen Steuern! Aber wie soll das eine Piano-Klimperin begreifen, die in ideologischer Verblendung nicht einmal vor die Motorhaube sieht?

Das Durchschnittsalter einer Flotte in Europa beträgt dreizehn Jahre. Gut 98 Prozent der LKW fahren mit einem klassischen Dieselmotor. Das sind rund 6,2 Mio. Fahrzeuge. Bis 2030 sollen diese «alternativ»

angetrieben werden. Da legt sich der ACEA natürlich voll in die Gurten und fordert von den Regierungen eine CO<sub>2</sub>-basierte Maut, eine Bepreisung(!) von CO<sub>2</sub>-Emissionen und eine dichte Lade- und Betankungsinfrastruktur für LKW. Nicht aus Sorge um das Klima, sondern weil «Knete» winkt!

Polen ist mit 1,2 Mio. LKW das grösste europäische LKW-Heimatland Europas; derartige Wirtschaftsvernichtung würde dort niemandem in den Sinn kommen. In der Schweiz gibt es 52'000 LKW – wie erwähnt mit dem «jüngsten Durchschnittsalter» von knapp vier Jahren. Und diese saubere Branche wollen die linken Systemveränderer an die Wand fahren!

Zu den Dimensionen: Frau Sommaruga, Logistik heisst nicht, in Ihrer Bäckerei medien-aufgebauscht ein Pfänderli Brot zu kaufen. Die Landesversorgung geschieht mit LKW und nicht mit dem Velokurier! Wer soll denn die Landesversorgung sicherstellen, wenn die Kosten nicht mehr gedeckt werden können? Rechnen sie uns bitte vor, wie Sie bei einem abklassierten LKW die 150'000 Franken Schwerverkehrssteuer hereinholen wollen! Das sind bei 220 Fahrtagen/Jahr jeden Tag 700 Franken. Sind Sie noch bei Sinnen? Zurück zur Vernunft!

Tis Hagmann, Schöftland AG

Die interessante Geschichte ...

# ... der Aargauischen Vaterländischen Vereinigung

von Dr. Paul Ehinger, Buchautor, ehem. Chefredaktor des «Zofinger Tagblatts», Zofingen AG

Ende August 2020 hat sich die Aargauische Vaterländische Vereinigung (AVV) in einer würdigen Feier aufgelöst. Als Abschiedsgeschenk hat sie sich eine historische Abhandlung «vermacht».



Nach der Begrüssung durch AVV-Präsident Nationalrat Andreas Glarner und der Würdigung der Vereinigung durch das ehemalige Vorstandsmitglied Regierungsrat Jean-Pierre Galati hatte ich als Verfasser des Buches «Die Aargauische Vaterländische Vereinigung» die Ehre, näher auf die Geschichte der Vereinigung einzugehen. Die

AVV war nach dem Landesstreik 1918 von bekannten Aargauer Persönlichkeiten wie etwa Eugen Bircher, Karl Fricker, Ernst Heiniger und Ernst Steiner gegründet worden. Ihr erstes Ziel war die Bekämpfung kommunistisch-linksextremistischer Gewalt und entsprechender Ideologien. Hierzu diente die von ihr organisierte Bürgerwehr.

Zwar war der Weltkrieg vorbei, aber nach der bolschewistischen Revolution in Russland strebten die Kommunisten zusammen mit der SP nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Deutschland oder Ungarn nach der Macht. Darum war für die AVV die Einigung der bürgerlichen Parteien wichtig, ohne dass sie selber als Partei auftrat. Das war gar nicht so einfach, mussten doch die FDP und die Katholisch-Konservativen (heute CVP bzw. «die Mitte»), die traditionellen Gegner seit 1848, zusammengeführt werden. Kurz darauf brach die BGB weg.

## Ablehnung der Fronten

Nach der Schaffung der Organisation und eines schweizerischen Dachverbandes «Schweizerischer Vaterländischer Verband SVV», betätigte sie sich schweremässig mit Fragen der Wehr-, Bildungs- und Sozialpolitik. Es galt dem Antimilitarismus die Stirn zu bieten. Ab den 1930er Jahren galt ihr Kampf mehr und mehr auch den rechtsextremistisch-antidemokratischen Formationen. Rasch durchschaute sie die totalitäre, antisemitische Fratze der Fronten. Im AVV-Programm von 1933, bei dem massgeblich der Lenzburger Bezirkslehrer Alfred Güntert mitwirkte, hielt sie unmissverständlich fest: «Wir stehen auf dem Boden der verfassungsmässigen Demokratie und bekämpfen alle Bestrebungen nach Diktatur von links und rechts. Wir bekämpfen alle illegalen Mittel zur Erreichung von politischen Vorteilen und politischer Machtstellung.» Die Abkehr der SP vom Klassenkampf und von der «Diktatur des Proletariats» registrierte die AVV mit Genugtuung, vor allem das Bekenntnis der SP zur Landesverteidigung; sie verstärkte ihren patriotischen Kampf gegen die Bedrohung aus dem Norden.

Während des Zweiten Weltkriegs arbeitete die AVV weiter. Eine der führenden Persönlichkeiten dieser Jahre war Erich Zimmerlin, später Stadtammann von Aarau. Er war Mitverfasser der ersten Geschichte der AVV, die zum 25-Jahr-Jubiläum in Brugg erschien.

## Volkstag am 9. September 1945

Den Schlusspunkt setzte der Volkstag am 9. September 1945 mit Bundesrat Walther Stampfli, welcher der AVV das Kompliment machte: «Man ist versucht, festzuhalten, dass heute eine ähnliche Organisation geschaffen werden müsste, wenn sie nicht bereits vorhanden wäre. Dabei denkt niemand daran, der Vaterländischen Vereinigung Funktionen zuzubilligen, durch welche sie ein Staat im Staate würde. Aber als Gegengewicht und Abwehr gegen Kräfte, wie sie seit einiger Zeit zutage treten, um die Behörden einzuschüchtern, die innere staatliche Sicherheit zu bedrohen und die Beziehungen der Schweiz zu ausländischen Staaten zu stören, wird sie von einem wachsenden Teil des Schweizervolkes als eine patriotische Notwendigkeit anerkannt. In weiten patriotischen Kreisen ist es daher mit Genugtuung aufgenommen worden, dass die Vaterländische Vereinigung ihre warnende Stimme gegen das heraus-



fordernde Treiben linksextremistischer Kreise unseres Landes erhoben hat.»

### Antikommunismus im Kalten Krieg

In der Tat hatte ab etwa 1943 in der Schweiz infolge der Siege der Sowjetarmee ein «Ostwind» eingesetzt. Dies spürten die «Vaterländischen» vor allem bei der Migrationspolitik. Ihre Befürchtungen vor einer Überfremdung durch linksgerichtete Elemente und die links orchestrierte Kampagne gegen den von der SVV zusammen mit der Bundespolizei geführten Nachrichtendienst, hatten die Vernichtung des SVV zur Folge. Es zeigten sich die ersten Risse im Bürgerblock. Damit war die AVV wieder allein in der «aargauischen Urheimat».

Nach dem Vormarsch der Sowjetunion in Osteuropa begann der Kalte Krieg; nun stand wieder der Antikommunismus im Zentrum ihrer Betätigung. Eine wichtige Persönlichkeit der 1950er Jahre war der Aarauer Hans Hemmeler. Seit 1956 pflegte die AVV auch stets enge Beziehungen zur Vereinigung «Pro Libertate».

Infolge des anti-totalitären Konsenses und des Kollapses der kommunistischen Macht schien die Aufgabe der AVV erfüllt. Aber der zunehmende Linksextremismus in der Schweiz, etwa in der Gesellschafts-, Militär- und Medienpolitik, blieb weiterhin Antipode. Eine klar schweizerische Haltung nahm die AVV während der Krise wegen der «nachrichtenlosen Vermögen» ein;

Das Jubiläumsbuch

### *Die Aargauische Vaterländische Vereinigung 1918–2020*

Dem Aargauer Publizisten Paul Ehinger gelingt ein eindrücklicher Rückblick auf 101 bewegte Jahre, da die Aargauische Vaterländische Vereinigung die Geschichte der Schweiz markant beeinflusste – ganz besonders in den Jahren des Zweiten Weltkriegs. Für die Freiheit – gegen den Kommunismus: Ein Wahlspruch zu hundertjährigem Wirken, in dessen Zentrum der Wille zur Selbstbehauptung der Schweiz steht.

Das Jubiläumsbuch erschien bei ZT-Medien AG, Zofingen 2020, 266 Seiten, geb. ill., Fr. 45.–

*Beziehen Sie es bitte direkt bei der Herausgeberin:  
Aargauische Vaterländische Vereinigung  
Postfach, 5001 Aarau*

sie war Mitglied der «Interessengemeinschaft Schweiz-Zweiter Weltkrieg». Da aber einerseits mehr und mehr andere, weltanschaulich ähnlich ausgerichtete Organisationen ihre Aufgaben effizienter wahrnehmen konnten und andererseits der Bürgerblock erodierte, fand die AVV, es sei Zeit zum Aufhören. Deshalb erfolgte die Auflösung nach 101 Jahren.

*Paul Ehinger*

## *Impfchaos offenbart Europas Versagen eindrücklich*



Bereits jetzt kann man sagen, dass in Bezug auf die Corona-Impfungen die Europäische Union – und leider auch die Schweiz – als Totalversager dastehen. Während Israel, Grossbritannien, Serbien – oder auch die von uns wegen ihres Gesundheitssystem belächelten USA – weit fortgeschritten sind, hinken die EU-Länder und die Schweiz hinterher. Auch «Musterkantone» wie Basel-Stadt bringen es derzeit kaum auf die Reihe. Seit Ende Dezember vergibt der Kanton Impftermine an Impfwillige. Mein Vater wartet als Risikopatient seit zwei Monaten. Aktuell seien infolge von «Lieferverzögerungen» keine Termine mehr vorhanden.

Statt dass die unabhängige Schweiz in der Beschaffung von Impfdosen vorwärts macht, schickt der Bundesrat lieber ganze Branchen monatelang in den Lockdown und vernichtet Arbeitsplätze und Wohlstand. Bei der Beschaffung von Impfdosen ist SP-Bundesrat Berset knausrig. Sonst kann er mit seinen Genossen den staatlichen Geldbeutel nicht weit genug aufmachen.

Symptomatisch für das Versagen ist das Verhalten der EU-Kommission. Statt den Impfstoff dort zu kaufen, wo

er vorhanden ist, bestellte man lieber bei «Sanofi» eine ordentliche Menge. Der französische Konzern musste auf Geheiss des Pariser Sonnenkönigs Macron berücksichtigt werden. Denn Macron hatte von Ursula von der Leyen noch etwas zugut: Nur dank ihm ist sie EU-Kommissionspräsidentin geworden – sie stand nie als Kandidatin in einem Wahlkampf und ist vom Volk nicht legitimiert worden. Zwischenzeitlich ist klar, dass dieser Impfstoff erst im Jahr 2022 ausgeliefert werden kann. Damit nimmt die EU in Kauf, dass Abertausende Bürger sterben, weil bei der Impfstoffbeschaffung falsche Prioritäten gesetzt wurden.

Das liegt auch an der inszenierungssüchtigen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Sie, die schon als Familien-, Arbeits- und Verteidigungsministerin Deutschlands ein Chaos hinterlassen hat, bunkert sich in ihrem Brüsseler Büro ein und kommuniziert mit teuer produzierten Videos. Kritische Fragen durch Journalisten sind nicht mehr möglich. Lieber zieht sie über Boris Johnson her, der England durch geschickte Verhandlungen frühzeitig genügend Impfstoff gesichert hat. Es ist bedenklich, dass sich die Schweiz eher an der EU statt an Grossbritannien oder Israel orientiert. Dabei wäre die Unabhängigkeit unseres Landes gerade jetzt von grösstem Vorteil.

*Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt*

*R(h)einschrift*

Interview mit dem «animal politique» Luzi Stamm

# «EU-Beitritt oder Übernahme von EU-Recht sind identisch»

Politiker aus Leidenschaft: Luzi Stamm, SVP, ist einer der profiliertesten Politiker des Landes. Seine Familie zog aus Liestal nach Baden, da war er acht Jahre alt. Er nennt darum Baden seine Vergangenheit und Gegenwart.



«Schweizerzeit»: Der berühmte Politologe Coudenhove-Kalergi sagte: «Triebfeder der Politik ist meist Eitelkeit, Ehrgeiz, Machtwille; selten Habsucht und noch seltener der uneigennützig Wille, einer Menschengruppe zu dienen.» Fühlen Sie sich angesprochen?

Stamm: Begriffe sind schwer zu definieren. Ehrgeiz würde ich gelten lassen. Ich hatte den Ehrgeiz, Dinge zu ändern, die für mich «Magen-umdrehend» sind.

*Ihre politische Karriere ist eindrucksvoll und durchlief viele Stufen: Einwohnerrat, Stadtrat, Grossrat, Nationalrat und Mitglied der parlamentarischen Delegation beim Europarat: Welche dieser Positionen gefiel Ihnen am besten, welche am schlechtesten: Warum?*

Am besten Nationalrat: Bei 200 Mitgliedern und 46 Ständeräten ist es möglich, mehr als 50 Prozent im Bundeshaus zu überzeugen. Wer das schafft, bewirkt etwas, was niemand – weder ein (Bundes-) Gericht noch eine angeblich übergeordnete Instanz – ändern kann (Uno, EU, Strassburg etc.) Das Problem ist «nur», dass Eliten, welche die Macht in den Pfoten haben, die Gesetze unseres Parlaments hemmungslos umgehen. Im Einwohnerrat war der Einfluss klein.

*Müssten Sie auf einer Skala von 0 bis 10 den Erfolgsstatus Ihres gesamten politischen Wirkens bewerten, wo stünden Sie?*

Ich will mich nicht selbst benoten. Zwei Dinge haben mich gefreut: Erstens, dass ich die Schliessung der offenen Zürcher Drogenszene (1995) initiieren konnte. Zweitens, dass wir die Abstimmung zur «Masseneinwanderungsinitiative» (am 9. Februar 2014) gewonnen haben. Ich war damals «SVP-Wahlkampfleiter» und habe netto mindestens fünf Jahre meines Lebens in diese Initiative investiert.

*Sie haben politisiert wie kaum ein anderer. Das Volk mochte Sie oder lehnte Sie ab. Kühles Kalkül oder Zufall?*

Zufall. Wie man wahrgenommen wird, hängt davon ab, in welcher Zeit man lebt.

Der «Alten Dame NZZ» war sogar Ihre gesundheitliche Befindlichkeit einen Artikel wert, was vor Ihnen keiner schaffte. Geschmeichelt?

Überhaupt nicht. «Der Mann ist krank!» ist eine äusserst gefährliche Anschuldigung. Gefährlicher in unserer Zeit ist nur noch «Der Mann hat sich an Frauen oder sogar an Kindern vergriffen!»

*Die Schweizer Medien vom Revolverblatt bis in die heiligsten Hallen des Spitzenjournalismus schlachteten Ihren Kokain-Kauf zwecks späterer Präsentation im Parlament genüsslich aus. Was war der tiefere Sinn der Aktion?*

Beim grössten politischen Skandal in der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg (Platzspitz Zürich) hat man mich offenbar noch verstanden. Wenn ich damals an der Sihl so tat, als wollte ich Drogen kaufen, lockte dies sofort Dealer an. Die Polizei musste sie nur noch einsammeln. Jedes Kind weiss, dass mit Lockvogelkäufen offener Drogenhandel schlagartig abgestellt werden kann. Nur: Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg. Immerhin: In Bern wurde ich nach dem Vorfall im Schnellverfahren von allen Vorwürfen freigesprochen.

*Ihr Hauptargument gegen einen EU-Beitritt liegt in der Befürchtung, er könne die direkt-demokratischen Institutionen des Landes schwächen oder gar ushebeln. Sind wir denn als Volk nicht stark genug, dies trotz Beitritt rigoros auszuschliessen?*

Die EU wird niemals ein Mitglied akzeptieren, in dem die Bevölkerung 100'000 Unterschriften sammeln und dann an der Urne eine zu Brüssel gegenteilige Lösung einführen kann. Ob wir «beitreten» oder «einfach alles EU-Recht übernehmen» müssen, ist völlig identisch. Das übersehen viele!

*Blieb Ihre Lust am Politisieren intakt, als Ihre eigene Liste bei den Nationalratswahlen 2019 mit gerade mal 0,2 Prozent absoff wie eine bleierne Ente?*

Man muss vor den Wahlen bis zu einem fixen Datum die Listen eingeben, die dann nicht mehr abänderbar sind. Mit Kollegen wollten wir zuerst einen neuen (Partei-) Namen lancieren. Meine Kollegen wurden stutzig, ob eine neue Partei im Aargau eine Chance hätte, weil FDP/SVP signalisierten, sie würden Listenverbindungen verweigern. Um meine Kollegen zu schonen, wechselte ich im

Meine eigenen Erfahrungen

## Freiwillig verhüllt?

von *Therese Schläpfer, Nationalrätin, Hagenbuch ZH*

**Flugeinsätze mit Swissair und Swiss während über 21 Jahren haben mich unzählige Male in islamische Länder gebracht. Besonders Saudi-Arabien und der Iran verlangten von uns ein striktes Verhalten nach einheimischen Regeln.**



In Riad beispielsweise durften wir Frauen im westlichen Hotel die Pool-Anlage zwar benützen, jedoch nur mit langärmeligen Oberteil und langen Hosen. Die Liegestühle durften wir nur sitzend benützen, nicht liegend. Besonders beachten mussten wir, dass wir niemanden des anderen Geschlechts berühr-

ten. Also kein Schulterklopfen, keine Begrüssung unter guten Freunden mit Händeschütteln oder drei Küsschen.

Beim Einchecken an der Rezeption fassten wir Frauen einen schwarzen Umhang, den wir ausserhalb des Hotels tragen mussten. Einmal im Sommer trug ich darunter ein kurzärmeliges Oberteil. Als ich auf dem Markt meinen Kaufwunsch andeutete und dabei mein unbedeckter Unterarm kurz zu sehen war, wurde dies von einer Marktfrau mit einem harten Hieb sofort bestraft. Wenn ich dann sah, wie die inländischen Frauen im Restaurant versuchten, ihren Tee oder das Essen unter dem Niqab hindurch zum Mund zu führen – oder wie den Kindern das wohlwollende Lächeln ihrer Mütter verschleiert blieb – taten sie mir leid.

Aufenthalte in Teheran zeigten die «Freiwilligkeit» noch deutlicher. Nebst der Vorschrift, ungeschminkt und mit unlackierten Nägeln einzureisen, durften wir das Flugzeug nur mit dem langen Blazer-Modell der Uniform verlassen. Ein Tragen des Kopftuches vor dem Verlassen des Flugzeuges war obligatorisch. Wer keines dabei hatte,

musste sich eine Woldecke aus dem Airline-Inventar umbinden, und die Haare mussten vollständig verdeckt sein. Ein «Wächter» holte uns am Flugzeug ab und führte uns – ohne Möglichkeit, uns im Flughafen noch etwas umzuschauen – schnurstracks in den Bus.

Im Hotel dasselbe. Direkt in den Lift zum Stockwerk, wo hinter einer geschlossenen Türe in einem Gang eigens für uns abgeschirmte Zimmer lagen. Im Schrank der weiblichen Crewmitglieder hing natürlich wieder der schwarze Umhang. Ohne diesen und ohne Kopftuch hätten wir eine Verhaftung durch die Sittenpolizei befürchten müssen. Eher lustig war die Vorschrift, dass ich als *Maître de cabine* für eine reibungslose Einreise in arabische Länder stets den «Schmiersack» (so vermerkt auf dem in Englisch verfassten Stationenblatt), gefüllt mit Whisky, Schokolade und Cognac für die muslimischen Zöllner bereit halten musste.

Nach fünf Tagen in dieser gesichtsfreien Verhüllung werden Sie als westliche Frau ganz unbemerkt depressiv und verlieren die Fröhlichkeit. Wir freuten uns alle auf den Heimflug und auf unsere Heimat. Nur Leute, die nicht selbst solche Erfahrungen gemacht haben, reden den Unsinn von «freiwilliger Verhüllung». Ja, die einheimischen Konvertitinnen tragen sie freiwillig. Dies sind für mich trojanische Pferde. Auch in Deutschland und Frankreich gab es vor zwanzig Jahren nur wenige Verhüllte. Heute herrschen dort Zustände, wie wir sie in der Schweiz nicht wollen.

*Therese Schläpfer*

letzten Moment zur «Liste Luzi Stamm», auch wenn mir klar war, dass das ein persönliches Debakel geben werde.

*Zu Ihrer politischen Karriere zurück: Könnten Sie das Rad der Zeit zurückdrehen, wo hielte es an?*

2001: Mein damaliger Übertritt von FDP zu SVP war wohl überfällig. Die Karriere von Philipp Müller hat gezeigt, wie man mit der 18 Prozent-Initiative extreme Einwanderungs-Beschränkung fordern und dann flugs das Gegenteil erzählen kann, um zur nationalen Berühmtheit und FDP-Präsident zu werden.

Und Doris Leuthard war mächtigste und bestbezahlte Lobbyistin der Atom-Branche. Kaum war sie Bundesrätin, erzählte sie das Gegenteil und fiel den bisherigen Brötchengebern in den Rücken. Den Vogel abgeschossen hat Bundesrätin Dreifuss, die erzählt, man habe ab den 30er-Jahren jüdische Flüchtlinge «in den sicheren Tod

geschickt», auch wenn sie genau weiss, dass sich ihr Vater gegen die Aufnahme zusätzlicher jüdischer Flüchtlinge ausgesprochen hatte (natürlich konnte er nicht wissen, wie entsetzlich sich die Nazi Politik später entwickeln würde). Zu Hilfe genommen hat Ruth Dreifuss Jean Ziegler, der, um die Schweiz in den Dreck zu ziehen, behauptet hat, unser Land habe deutsche Waffen nach Italien transportiert; dies sei 1943 bei einem Zugsunglück in Thun, das nie stattgefunden hat, ans Tageslicht gekommen.

Mein Fazit (natürlich sarkastisch gemeint): Ich hätte vielleicht auch einen solchen Opportunismus an den Tag legen und hemmungslos lügen müssen, um es in der Politik weiter zu bringen. Dann wäre ich allenfalls schon Uno-Generalsekretär!

*Herr Stamm, wir danken für das Gespräch.*

*Die Fragen stellte Charly Pichler.*



## Liebe Leserinnen und Leser

Am 7. März 2021 gelangt unsere **Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»** zur Abstimmung. Wir wollen diese symbolträchtige Abstimmung unbedingt gewinnen.

Genauso wie der «Hass auf Ungläubige» sind Burka und Niqab ein **unterdrückerisches Merkmal** des politischen Islams. Das wollen wir auf Schweizer Boden nicht akzeptieren.

Darum **«Ja zum Verhüllungsverbot»**:

- Freie Menschen zeigen Gesicht, wenn sie miteinander sprechen.
- Ja zur Gleichberechtigung und Stopp der erzwungenen Gesichtsverhüllung!
- Stopp der kriminell motivierten Verhüllung durch Vandalen und Chaoten!

Ohne grosse Partei im Rücken, sind wir auf Ihre Hilfe angewiesen. Ich danke Ihnen, wenn Sie uns im Abstimmungskampf unterstützen.

Herzlichst, Ihr

Walter Wobmann  
Nationalrat, Präsident Egerkinger Komitee



## JA ZUM VERHÜLLUNGSVERBOT: SO KÖNNEN AUCH SIE MITHELFEN!

- Einen **Postversand** unserer **Abstimmungszeitungen** an ausgewählte Gemeinden **sponsorn**. Weitere Infos: [www.flyer-ueberall.ch/verhuellungsverbot](http://www.flyer-ueberall.ch/verhuellungsverbot)
- Kampagne **finanziell unterstützen**. Jetzt bequem spenden per **Online-Spendenformular!** Weitere Infos: [www.verhuellungsverbot.ch/spenden](http://www.verhuellungsverbot.ch/spenden)
- **Mund-zu-Mund-Propaganda:** Überzeugen Sie alle Personen in Ihrem Umfeld, jetzt abstimmen zu gehen!  
Herzlichen Dank – jede Stimme zählt!
- **Leserbriefe** schreiben, kostenlose **Testimonials**, Argumente verbreiten und, und, und...  
Dazu finden Sie alles auf unserer Website **[www.verhuellungsverbot.ch](http://www.verhuellungsverbot.ch)**



Mitte Juni ist über das CO<sub>2</sub>-Gesetz abzustimmen. Mein Gesetz, das insbesondere KMU-Betriebe finanziell äusserst hart trifft – nachdem ihnen schon die mit Corona begründete Wirtschafts-Stillegung schwerste Einbussen beschert hat. Handwerker, die Aufträge mit Werkzeug und Material nur per Kleintransporter ausführen können, werden massivst zur Ader gelassen. Oder sollen sie ins Tram umsteigen?

#### Gewehr bei Fuss

Hat der Gewerbeverband die Unterschriftensammlung fürs Referendum gegen dieses Schröpfgesetz noch massgeblich mitgetragen, so zieht er sich jetzt im Blick auf die Abstimmung zurück aus dem Kampf:

«Stimmfreigabe» heisst seine Parole. Einige Schlaumeier unter den Verbandsfunktionären haben sie durchgedrückt.

Diese Schlaumeier – sie administrieren die Branchenverbände der Heizungsmonteur, der Sonnenkollektoren-Lieferanten, der Isolations-Spezialisten usw. – versprechen ihren Mitgliedern, das neue Gesetz sichere ihnen lukrativste Aufträge. Obrigkeitlich würden Mil-

liarden eingesetzt, um Ölheizungen aus Häusern her-

auszureissen und durch neue «klimafreundlichere», weit teurere Anlagen zu ersetzen. Wer da einsteige, könne sich eine goldene Nase verdienen. Obrigkeitliche Verlockungen, denen Verbandsfunktionäre nicht widerstehen können. So wird im Lande Schweiz sündenteurer Regulierung freie Bahn bereitet.

Dass Gewerbler aus anderen Branchen unter den neuen Auflagen schwer zu ächzen haben – tant pis! Was kümmert das die Funktionäre der Heizsystem-Branche? Die Obrigkeit hat die Umstellung befohlen – für alle. Die Inhaber der Montagefirmen können sich erwartungsfroh die Hände reiben.

#### Staatsaufträge

Die Verbands-Schlaumeier – schon in vermeintlichen, auch ihre Saläre beflügelnden Profiten badend – übersehen eine Kleinigkeit: Es ist nicht der Markt, der da Aufträge vergibt. Die Obrigkeit verpflichtet zu diesen Umstellungen. Umverteilungsfunktionäre befehlen, nicht Marktbedürfnisse.

Glaubt irgend jemand im Ernst, rot-grüne Umverteilungsbürokraten hätten anlässlich ihrer Befehlsausgabe zur Umrüstung aller Häuser auch nur während einer einzigen Sekunde attraktive Gewinnchancen der Montagefirmen ins Visier gefasst, von welchen die Verbandsfunktionäre der Montagefirmen heute schwärmen? Nicht Gewinne aus erfolgreicher Tätigkeit lösen diese neuen Investitionen aus. Diese sind Resultat von Obrigkeitsverfügungen. Das Geld für die teuren Umrüstungen wird den Bürgern, den Steuerzahlern sowie – mithilfe saftiger Gebühren – den Leistungsträgern

abgeknöpft. Tausende von Franken jährlich, Gewinnchancen von Unternehmern massiv begrenzend.

#### Wen trifft's?

Und dies zu einem Zeitpunkt, da die finanzielle Blutspur aus den Corona-Auflagen voll sichtbar wird. Wo die Arbeitslosigkeit zunimmt, wo Nebenjobs (Home Office macht tausende Reinigungspersonen überflüssig!) drastisch schrumpfen – jene treffend, die ohnehin nicht im Geld schwimmen.

Glaubt jemand im Ernst, die Umverteilungsfunktionäre, die heute das CO<sub>2</sub>-Gesetz um jeden Preis durchzudrücken suchen, gönnen angesichts der heute viele Steuerzahler einschneidend belastenden Umstände den Montagefirmen der Häuser-Umrüstung satte Gewinne, resultierend aus der Auspressung der Bevölkerung?

#### Das Konzept

Cédric Wermuth, selbsternannter Chefideologe des massiven Ausbaus der Staatswirtschaft, hat in einem neuen Buch soeben dargelegt, was Links-Grün anvisiert: Es ist der Umbau der heute noch einigermassen freien Marktwirtschaft in eine streng regulierte Staatswirtschaft.

Damit der DDR-Geruch vom Vorhaben ferngehalten werden

kann, hat Wermuth den Begriff «Staatswirtschaft» einfach durch «Service public-Revolution» ersetzt. Aber es ist das DDR-Modell, das ihm und seinen Genossen vorschwebt. Im Klartext heisst das: Diejenigen, denen heute vorgegaukelt wird, sie könnten aus der Umrüstung aller Häuser auf angeblich «klimagünstigere» Heizungen satte Gewinne erzielen, dürften – so das CO<sub>2</sub>-Gesetz durchkäme – rasch ernüchert feststellen müssen: Wo Links-Grün regiert, setzt Links-Grün auch die Preise fest.

Straffe, obrigkeitlich gelenkte Preiskontrolle wird die staatswirtschaftlich befohlene Umrüstung aller Häuser begleiten. Wer dabei zu Arbeit kommt, wird feststellen: Nicht der Markt, die Funktionäre diktieren die Preise für erbrachte Leistungen. Und in einem Staat, wo Rot-Grün auch die Wirtschaft unter seine Knute zwingt, profitieren gewiss nicht diejenigen, die arbeiten, die arbeiten müssen.

In solchem Staat profitieren einzig die Funktionäre. Schliesslich haben sie alle Macht inne.

us

## Churz & Bündig

In Neuenburg wurde Mitte Februar die ehemalige Finalistin einer Miss-Wahl Opfer eines Säure-Attentats. Als Tatverdächtiger des «unerklärlichen Verbrechens» sei ein Afghane verhaftet worden. Warum aber bemühten Medien einen Islam-Wissenschaftler, auf dass er der Öffentlichkeit die Hintergründe des Verbrechens verständlich mache?

us

Darum geht es am 7. März 2021:

# Gegen jede Art der Vermummung

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

**Am 7. März stimmen wir darüber ab, ob sich jemand in der Schweiz vermummen darf oder ob dies eine Straftatbestand wird. Aktuell steht die Verschleierung von muslimischen Frauen durch das Tragen einer Burka oder eines Nikab im Vordergrund, und dies wird in den Mainstream-Medien auch so dargestellt.**



Es wäre aber nicht korrekt, wenn man die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» auf die Ganzkörperverschleierung von Musliminnen reduzieren würde. Die Initiativegegner argumentieren, dass sich in der Schweiz nur wenige Frauen dieses Stoffgefängnis überstülpen würden. Und dies angeblich selbstbestimmt und völlig frei von familiärem Druck – wer's glaubt, wird auch hier selig.

Wer mit den tiefen Zahlen argumentiert, klammert bewusst die unzähligen vermummten Chaoten aus, welche die Unkenntlichmachung gezielt einsetzen, um im Dunstkreis von Demonstrationen Angriffe gegen Passanten und Polizisten zu verüben und massive Sachschäden zu verursachen. Ginge es also allein um die Anzahl der Vermummten, dann müssten alle für die Initiative stimmen. Und gerade hier zeigt sich die Inkonsequenz und die durchschaubare Taktik der Gegnerschaft.

## «Kantonales Vermummungsverbot» funktioniert nicht

Mit dem Totschlagargument der «Islamophobie» versucht die Gegnerschaft davon abzulenken, dass sich künftig auch keine Chaoten mehr vermummen dürfen. Sie weisen stets darauf hin, dass man es den Kantonen überlassen solle, ob diese ein Vermummungsverbot wollen. Gerade das Beispiel von Basel-Stadt zeigt jedoch, dass es auf kantonaler Ebene definitiv nicht funktioniert.

Im baselstädtischen Übertretungsstrafgesetz wird festgehalten, dass mit Busse bestraft wird, wer sich bei Versammlungen, Demonstrationen und sonstigen Menschenansammlungen im öffentlichen Raum unkenntlich macht. Die Realität zeigt jedoch, dass sich unzählige militante Störer in keiner Art und Weise an das Vermummungsverbot halten.

Dasselbe gilt für die gewalttätigen Hooligans, welche als «Sportfans» von Fussball- oder Eishockey-Clubs auftreten, in Tat und Wahrheit aber hemmungslos randalieren wollen. Hauptleidtragende sind in der Regel die Anhänger der gegnerischen Mannschaft, stellvertretend immer wieder die Polizeiorgane sowie wahllos unbeteiligte Passanten, was dann gerne als «Kolla-

teralschaden» abgetan wird. Ganz zu schweigen von den immensen Sachbeschädigungen, angefangen bei den SBB-Zügen, über die Marschroute durch Quartiere des Austragungsortes bis hin zu den Stadien selbst.

Dass die Polizei vermummte Chaoten oder Hooligans oft nicht festnimmt, wird jeweils gerne mit dem Argument der Verhältnismässigkeit erklärt. In der jüngsten Basler Vergangenheit musste auch davon ausgegangen werden, dass seitens der Politik ein konsequentes Anwenden des Vermummungsverbot bei Manifestationen gar nicht gewünscht war. Gerade das kantonale basel-städtische Übertretungsstrafgesetz mit seinen milden Strafandrohungen bot eine willkommene Gelegenheit, das Nichteinschreiten der Polizei mit der Verhältnismässigkeit zu erklären oder gar zu entschuldigen. Findet jedoch das Verhüllungsverbot nach seiner Annahme Eingang in die Schweizerische Bundesverfassung, so wird die Politik dieses Verbot nicht mehr mit einem Achselzucken ignorieren können, wie dies beim Übertretungsstrafgesetz der Fall war.

## Verweigerung jeglicher Integration

Noch eine Bemerkung zu den Burka- und Nikab-Trägerinnen. Wer ein derart frauenverachtendes Kleidungsstück trägt, welches eine radikal-konservative Glaubens-Ideologie zum Ausdruck bringt, beweist damit die totale Verweigerung jeglicher Form von Integration. Wer sich derart verhüllt in der Öffentlichkeit bewegt, will und kann niemals Teil unserer Gesellschaft werden. Es ist dies nichts anderes als ein weiterer gefährlicher Schritt in Richtung Abschottung und Parallelgesellschaft.

Und am Ende dieser verhängnisvollen Entwicklung stehen die in Europas Metropolen sattsam bekannten No-go-Areas. Dagegen helfen weder das hilflose Herunterspielen der Problematik durch die Pro Burka-Partei SP noch die Beschädigung der Abstimmungsplakate. Dagegen hilft nur ein überzeugtes JA zum Verhüllungsverbot.

Markus Melzl

## «Das aktuelle Zitat»

«Im günstigsten Fall wird Europa eine chinesische Kolonie, im ungünstigsten ein Kalifat.»

Henryk M. Broder

Wir wollen eine bessere Vorlage

# Sozialhilfegesetz nein!

Kantonsrat Benjamin Fischer, Parteipräsident SVP Kanton Zürich

Das neue Sozialhilfegesetz, über das wir am 7. März 2021 abstimmen, ist ein Etikettenschwindel. Es verspricht «klare rechtliche Grundlagen für Sozialdetektive», in Tat und Wahrheit aber verhindert es den Einsatz solcher Detektive.



Der irreführende Titel ist darauf zurückzuführen, dass die Vorlage auf einer Parlamentarischen Initiative der SVP basiert, welche jedoch durch die neue links-grüne Mehrheit des Kantonsrates ins Gegenteil verkehrt wurde. Wir fordern im Wesentlichen: Technische Hilfsmittel wie GPS-Tracker sowie unangemeldete Hausbesuche müssen möglich sein. Zudem muss die praxisuntaugliche Bewilligung jeder Massnahme durch einen Bezirksrat gestrichen werden.

## Was heisst das im Einzelnen?

Besteht ein konkreter Verdacht, dass die hilfesuchende Person falsche oder irreführende Angaben gemacht hat, so ist die Fürsorgebehörde berechtigt, diese Person verdeckt zu überwachen. Die Fürsorgebehörde ist auch berechtigt, technische Hilfsmittel zur Ortung der hilfesuchenden Person zu verwenden, und sie kann Spezial-

listen mit der Observation beauftragen. Unter den erwähnten Voraussetzungen kann die Fürsorgebehörde am Wohnort der hilfesuchenden Person unangemeldet Augenscheine durchführen. Vorbehalten bleiben Verweigerungsrechte gemäss Art. 163 ZPO.

Die hilfesuchende Person wird über die Ergebnisse der Massnahmen informiert, und es wird ihr Gelegenheit gegeben, zu den Resultaten der Observierung Stellung zu nehmen. Die Überwachungsmassnahmen sind mindestens alle drei Monate zu überprüfen.

## Wie wollen wir dieses Ziel erreichen?

Nach der Abstimmung werden wir im Kantonsrat erneut aktiv. Gleichzeitig halten wir eine Volksinitiative mit dem genannten Inhalt bereit. Der Kanton Zürich braucht klare rechtliche Grundlagen für Sozialdetektive um den asozialen Sozialhilfemissbrauch wirksam zu bekämpfen. Darum muss der vorliegende Etikettenschwindel am 7. März abgelehnt werden.

Benjamin Fischer

## «Der Artikel Villalon hat mich ein wenig rehabilitiert»

In Anbetracht des immer unerträglicheren «Corona»-Geschehens müsste man eigentlich den wohl beliebtesten Slogan der Friedensbewegung «*Suppose They Gave a War and No One Came*» der Autorin Charlotte Keyes – der Ende der 1970er Jahre in Deutschland als «*Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin*» Bertolt Brecht unterschoben wurde – in «*Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner bemerkt es*», umformulieren! Dies hat Isabel Villalon mit Ihrem Beitrag in der SZ Nr. 2/2021 getan wofür ich ihr herzlich danken möchte. Denn sie hat mich mit ihrer klaren Stellungnahme aus der Schmutzdecke «rechter Verschwörungstheoretiker» herausholt, in die man mich verbannte, als ich die folgenden Meinungen vertrat:

- Dass am 22. April 1915 mit dem Einsatz von Chlorgas durch deutsche Truppen der Gaskrieg begann und infolge des systematischen Einsatzes von Giftgas als chemische Waffe rund 100'000 Soldaten starben und 1,2 Millionen Soldaten verwundet wurden.
- Dass am 6. und 9. August 1945 durch die US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki der Atomkrieg ausgelöst wurde, der rund 100'000 Menschen sofort tötete, und wobei bis Ende 1945 weitere 130'000 Menschen an Folgeschäden starben und in den Folgejahren noch etliche hinzu-

kamen. Die Auswirkungen waren derart grauenhaft, dass sie bis zum heutigen Tag die bislang einzigen geblieben sind;

- Dass am 31. Dezember 2019 mit der Bekanntgabe des Ausbruchs einer neuen Lungenentzündung mit noch unbekannter Ursache im chinesischen Wuhan der biologische Krieg ausbrach, was allerdings sofort heftigst bestritten wurde, weil, wie Christian Morgenstern weiland messerscharf schloss, nicht sein kann, was nicht sein darf! Mit diesem Krieg zwingt China – im Ringen um die weltweite wirtschaftliche Hegemonie, das sie zu verlieren drohte – den Westen gnadenlos in die Knie. Isabel Villalon hat dies in der «Schweizerzeit» unwiderlegbar auf den Punkt gebracht. Unsere Leitmedien, die emsig am Ast sägen, auf dem sie selbstgefällig hocken, werden Villalons Erläuterungen allerdings kaum wahrnehmen und noch weniger nachvollziehen!

Ich aber fühle mich, dank Isabel Villalons messerscharfer Lagebeurteilung, ein wenig rehabilitiert. Zumindest kann ich jetzt meine These präsentieren, ohne gleich durch die politisch so korrekten Vertreter der «Cancel Culture» als unverbesserlicher «rechtsradikaler Verschwörungstheoretiker» an den Pranger gestellt zu werden.

Jürg Lindecker, Greifensee ZH

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 9)

# Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Geschäftsführer der Auns, Eglisau ZH



Die Nationalrats- und Ständeratswahlen vom 23./24. Oktober 1999 stehen vor der Tür. Im Hinblick darauf richten wir von der Auns den Aufruf an die Bevölkerung: Wählt nur Parteien und Politiker, die «ohne Wenn und Aber zur Schweiz stehen!»

Denn eine von EU-Beitrittsbefürwortern in Zusammenarbeit mit den Tageszeitungen «24 heures», «Tribune de Genève» und «Basler Zeitung» durchgeführte Umfrage hat ergeben, dass 61 Prozent der Nationalrats- und Ständeratskandidaten für einen EU-Beitritt sind. Und dies, obwohl sich das Schweizer Volk in mehreren Abstimmungen deutlich für die Unabhängigkeit und die Neutralität ausgesprochen hat (1986: UNO; 1992: EWR; 1993: F/A-18 Kampfflugzeuge; 1994: Blauhelme; 1996: Staatssekretäre).

Und der klare, beharrliche Kurs der Auns und der SVP für eine selbstbestimmte, neutrale Schweiz zahlt sich aus: Gegenüber 1995 steigert die SVP ihren Wähleranteil bei den Nationalratswahlen 1999 von 14,9 auf satte 23,3

Prozent. Sie wird damit die stärkste Partei der Schweiz. Die andern Bundesratsparteien erreichen die folgenden Stimmenanteile: FDP 19,6 Prozent, CVP 15,3 und SPS 22,6 Prozent. Die Grünen verharren bei rund 5 Prozent.

Aufgrund ihrer neu erkämpften Wählerstärke erhebt die SVP in der Folge Anspruch auf einen zweiten Sitz im Bundesrat. Dieser wird ihr aber erst im Jahre 2003 mit Christoph Blocher (neben dem «halben SVP-Bundesrat» Samuel Schmid) zugestanden.

Der Erfolg der SVP fällt besonders in jenen Kantonen zu Buche, wo konsequent der liberal-konservative «Zürcher Kurs», angeführt von Christoph Blocher, verfolgt worden ist. Vor allem die Zürcher SVP hat weit über ihre eigentliche Stammwählerschaft hinaus Stimmen gemacht – und die vielen tausend Auns-Mitglieder und -Sympathisanten haben massgeblich dazu beigetragen. Auch die Zürcher Ständeräte Hans Hofmann (SVP) und Vreni Spoerry (FDP) werden hervorragend bestätigt.

\*

Die Auns ist derweil als Bannerträgerin der schweizerischen Neutralität gefordert. Denn das Verteidigungsdepartement unter Adolf Ogi, die Schweizerische Offiziersgesellschaft, der Bundesrat, die Parlamentsmehrheit, die meisten Parteien und diverse Weltverbesserer wollen, dass im Rahmen der «Nato-Partnerschaft für den Frieden» Schweizer Soldaten in Kosovo «Friedensförderung» betreiben sollen. Statt gemäss unserer Forderung das Schweizerische Katastrophenhilfekorps zu einem Korps für humanitäre Hilfe auszubauen, soll neutralitätswidrig eine Schweizer Kompanie («Swisscoy») im Dienste der KFOR («Kosovo Forces») unter Nato-Kommando eingesetzt werden.

Wir verurteilen dieses gefährliche, unausgegrenzte Konzept des Bundesrates – und seinen Drang, unbedingt «dabei sein zu wollen» – als neutralitätswidrige Grossmachtallüre. Die bundesrätliche «Taktik» liegt auf der Hand: Zuerst sollen österreichische Armeeformationen den Schutz der (noch unbewaffneten)

## «Es sagte» ... Wettbewerb (Lösung)

In der «Schweizerzeit» vom 12. Februar 2021 haben wir gefragt: Von wem stammt die folgende Aussage?

**<NEU IST, DASS MANCHE FÜHRUNGSKRÄFTE KEINEN BLASSEN SCHIMMER HABEN, WARUM DIE SCHWEIZ WIRTSCHAFTLICH SO ERFOLGREICH IST.>**

Diese Aussage stammt von:

- A Beat Kappeler, Publizist
- B Tobias Straumann, Wirtschaftshistoriker
- C Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Wirtschaftswissenschaftler
- D Monika Rühl, Direktorin Economiesuisse

Die richtige Lösung lautet:

- B Tobias Straumann, Wirtschaftshistoriker

Der ausgeloste Gewinner/die Gewinnerin wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer) eingeladen.

## Cornelio Sommaruga warnt!



«Die Vermischung von militärischen und humanitären Aufgaben ist für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz sehr problematisch.»

IKRK-Präsident Cornelio Sommaruga, SonntagsZeitung vom 31.10.1999

Schweizer Kompanie übernehmen – und dann wird man diesen Zustand als «unwürdig» anprangern und die Bewaffnung der Schweizer Soldaten fordern (*was dann – siehe unten – auch geschehen ist*). Auch die vorgesehene «partnerschaftliche Einordnung» der Schweizer Kompanie in einen österreichischen Verband ist in der Realität unbrauchbar. Nur eine Unterstellung würde militärisch klare Verhältnisse schaffen – aber genau eine solche Unterstellung würde unserer Neutralität diametral widersprechen. Zudem stehen die jährlichen Kosten vom über 50 Millionen Franken in keinem Verhältnis zum Nutzen.

Die Forderung der Auns lautet: Die neutrale Schweiz soll weiterhin humanitäre Hilfe und Wiederaufbauhilfe leisten mit den bewährten zivilen Organisationen wie Katastrophenhilfe (bzw. Korps für humanitäre Hilfe), Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA, Rotes Kreuz, Hilfswerke. Bundesrat, Parlament und Co. wollen aber einmal mehr um jeden Preis «dabei sein», wenn auf der internationalen Bühne «Grosses» geschieht. Sie treiben deshalb die Teilrevision des Militärgesetzes (Artikel 66 und 66a) sinngemäss wie folgt voran:

*Für den sogenannten «Friedenförderungsdienst» im Ausland kann die Schweiz der UNO und der OSZE bewaffnete Truppen zur Verfügung stellen. Die Bewaffnung wird im Einzelfall durch den Bundesrat festgelegt.*

Das Ganze erfolgt im Rahmen der im «Sicherheitspolitischen Bericht 2000» formulierten neutralitätswid-

## KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.  
Preis bis Ende 2021: Fr. 70.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

**Einsenden an:** «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,  
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03  
E-Mail: [abonnement@schweizerzeit.ch](mailto:abonnement@schweizerzeit.ch)



Schweizer Soldaten im Auslandeinsatz: Die Beerdigung der Neutralität

rigen Strategie «Sicherheit durch Kooperation». Der Bundesrat will die militärische Zusammenarbeit mit dem Ausland festigen und ausbauen. Seine Botschaft vom 27.10.1999 enthält deshalb die Gesetzesentwürfe A über die Ausbildungszusammenarbeit mit dem Ausland, sowie B über die Bewaffnung von Schweizer Truppen im Auslandeinsatz.

Wir werden nach der Zustimmung durch das Parlament (sie ist leider so sicher wie das Amen in der Kirche) das Referendum gegen die Militärgesetz-Revision mit folgender Stossrichtung ergreifen: «Keine Schweizer Soldaten im Ausland. Keine ausländischen Soldaten in der Schweiz!»

\*

*Blick nach vorn: Die hart umkämpfte Abstimmung findet am 10. Juni 2001 statt. Beide Vorlagen werden mit rund 51:49 Prozent Stimmenanteil gutgeheissen. Und die Verwässerung der Verfassungsaufträge «Kriegsverhinderung» und «Landesverteidigung» schreitet nun ungehindert voran. Die Armee wird in der Folge soweit «reformiert» (sprich reduziert), dass sie ihren Verfassungsauftrag heute nicht mehr erfüllen kann. Meine ungeschminkte Bilanz zu den militärischen Friedenförderungseinsätzen (Swisscoy), die sich längst bewahrheitet hat, lautet: «Ausser Spesen nichts gewesen.»*

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr



**Das Büro Ha deckt auf!**



Erinnern Sie sich? Da war (und bleibt) der Asylo-Clan aus Eritrea (amtlich: schutzbedürftige Familie) im Kanton Zürich, der innert fünf Jahren 1,37 Mio. Franken ertragen hat. Kein Einzelfall. Aber hier ein Hinweis für die diejenigen, die immer noch behaupten, es gäbe keine Zensur im Lande der Gleichgültigen: Diese Nachricht wurde nach zwanzig Minuten vom Netz genommen. Soviel zur Pressefreiheit. Sie fragen sich, warum das die Massen nicht empört? Ganz einfach: 60 Prozent der Leute lesen nie eine Tageszeitung, in welcher Form auch immer. Und ein alter Grundsatz von der Front ist immer noch gültig: Um Ahnungslose herum ist es gefährlich.

Tis Hagmann

# Büchertisch

## BESTSELLER



### Corona – Fehllalarm?

Zahlen, Daten und Hintergründe

**Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi**

Unzählbare Machenschaften wurden entfaltet, das Erscheinen dieses Buches zu verhindern. Inzwischen wurde gar seine Website zum Verschwinden gebracht. Weil es fundiert und überlegt Kritik übt an Vielem, was Regierungen im Vollmachten-Regime als angebliche Corona-Bekämpfung durchgesetzt haben. Was war, was ist wirklich gerechtfertigt – und was dient den Regierungen bloss dazu, ihren Machtbereich auf Kosten der Demokratie auszudehnen? Dieses Buch liefert dazu brisante, sorgfältig recherchierte Informationen.

Goldegg, Berlin 2020, 159 S., brosch., (Richtpreis Fr. 21.90)  
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.70



### Der Staat an seinen Grenzen

Über die Wirkung von Einwanderung in Geschichte und Gegenwart

**Thilo Sarrazin**

Thilo Sarrazin – im wahrsten Sinn des Wortes unbestechlicher Beobachter des Zeitgeschehens – legt ein neues Buch vor. Es befasst sich mit der schwierigsten und gefährlichsten Herausforderung, vor der Europa steht: Der Masseneinwanderung aus Afrika und Nahost. Es kommen – im Gegensatz zu früheren Einwanderungen – nicht Leistungsträger. Es kommen Menschen, die Gratis-Existenz suchen. In derart grosser Zahl, dass sie Europa nichts weniger als den Untergang des Abendlands bereiten können. Ein Buch, dem im Interesse europäischer Errungenschaften grösste Verbreitung zu wünschen ist.

LMV, München 2020, 480 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.90)  
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 31.40



### Der Superstaat

Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt

**Beat Kappeler**

Dieses Buch muss für die Schweiz Wegweiser sein in der Debatte um den EU-Rahmenvertrag. Kappeler zeigt eindrücklich, wie der von den Machteliten erzwungene Zentralismus, gipfelnd in der laufend auswachsenden EU-Bürokratie, Europa in den Abgrund treibt. Kappeler beschreibt überzeugend, wie der Zentralismus – also die unternehmerische Initiative behindernde Gleichschaltung – die Wirtschaft Europas in Rückstand bringt gegenüber den USA und Fernost. Ein aufrüttelndes Plädoyer gegen Bürokratismus.

NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 151 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)  
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 30.60

## SCHWEIZ



### Wer hat Angst vor Tell?

Unzeitgemässes zur Demokratie

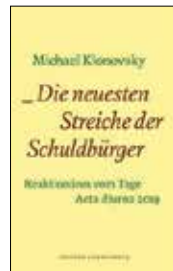
**Oliver Zimmer**

Der Schweizer Historiker Oliver Zimmer bekleidet eine Professur in Oxford. Nicht aus Zufall – sondern weil er dort wirken kann, ohne dem linken Zeitgeist Tribut zahlen zu müssen.

Er legt ein interessantes, bereicherndes Buch zur Auseinandersetzung mit dem offensichtlichen Linksdrall in hiesigen Historiker-Fachschaften vor, der mit Max Frischs «Wilhelm Tell für die Schule» seinen Anfang nahm. Besonders interessant in diesem neuen Buch sind Zimmers Überlegungen zum EU-Gerichtshof.

Echtzeit, Basel 2020, 181 S., brosch., (Richtpreis Fr. 29.–)  
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 26.10

## AKTUELL



### Die neuesten Streiche der Schuldbürger

Reaktionäres vom Tage – Acta diurna 2019

**Michael Klonovsky**

Der Autor ist ein Satiriker der Sonderklasse. Er charakterisiert in diesem neuen Buch das Merkel-Deutschland der Gegenwart. Zum Lachen gibt's dabei eigentlich wenig. Aber die Technik, wie Klonovsky die Dinge auf die Spitze treibt, das sorgt wahrhaftig auch für gepfefferte Unterhaltung. «Schule schwänzen for Future» provoziert vierzehn Greta-Einträge im Register dieses Buches. Deren Streben zur «Nebelkerzen-Realität» wird dann allerdings von einem Virus verdrängt, das jeden Satiriker herausfordert, das Wirken krisenerpropter Krisenbeschleuniger mit spitzer Feder zu glossieren. Eine Lagebeurteilung von aussergewöhnlichem Unterhaltungswert.

Ed. Sonderwege, Manuscriptum, Lüdinghausen und Berlin 2020, 563 S., geb., (Richtpreis Fr. 37.90)  
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 34.10



### zensiert

Wie europäische «Hassrede»-Gesetze die Meinungsfreiheit bedrohen

**Paul Coleman**

Wer die Corona-Politik der Regierungen, wer das von Regierungen ausgehende Laissez-faire in Sachen Masseneinwanderung kritisiert, wird nur allzu rasch der Verbreitung von «Fake news» bezichtigt. Oder seine Kritik am Handeln von Obrigkeiten wird gar als «Hassrede» eingestuft, die es zu eliminieren gelte. Twitter-Kanäle werden gesperrt. Wer Regierenden negativ auffällt, wird mundtot gemacht.

Was ist von der neuen Zensur-Mentalität der Obrigkeiten zu halten?

Fontis, Basel 2020, 284 S., brosch., Fr. 25.90  
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 23.30

**HÖRBUCH**



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



**Berliner Briefe**

**Susanne Kerckhoff**

Die Ich-Erzählerin namens Helene schrieb unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs dreizehn Briefe aus dem zerstörten Berlin an einen nach Paris emigrierten jüdischen Jugendfreund namens Hans.

Helene hofft, dass nach diesem mörderischen Krieg das Bewusstsein für ungeheure Schuld die Menschen von Grund auf verändern werde. Aber von «ganz neuer Gesellschaft» zeigt sich wenig, was Helene mit zunehmender Erbitterung kommentiert.

Insbesondere beginnt Helene mit den Kirchen zu hadern, die sich anstelle erschütterter Rückbesinnung auf Gott Äusserlichkeiten zuwenden, welche Auseinandersetzungen mit religiösem Gehalt bewusst meiden.

Insgesamt ein bewegendes Zeitzeugnis zur damaligen Scheu, sich mit den Tatsache gewordenen Verbrechen des Nationalsozialismus gründlich und vorbehaltlos auseinanderzusetzen.

Hörkultur, 3 Audio-CDs, Laufzeit 173 Min., (Richtpreis Fr. 31.90)  
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 28.70

Hörbücher: : Interessante Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

**BUCHZEICHEN**



**Durch Corona in die Neue Weltordnung**

**Peter Orzechowski**

Es ist keineswegs jeder ein «Weltverschwörer», der feststellt, dass mit enormen Kompetenzen ausgerüstete Funktionäre soviel Freude am Regieren und Befehlen gefunden haben, dass sie ihre Kompetenzen nicht mehr zurückgeben wollen. Daraus erwächst der freiheitlichen Demokratie sichtbare Bedrohung.

Nicht Zufälle regieren. Die Sondervollmachten geben vielmehr Kräften Auftrieb, die via Wirtschafts-Stillegung eine grundlegende Veränderung der politischen Ordnung anstreben.

Dass, wer solches entdeckt, befürchtet und kritisiert, als «Corona-Leugner» und noch weit schlimmeren Unterstellungen diffamiert wird, müsste alle Freunde von Demokratie und persönlicher Freiheit aufrütteln. Wer Problem-Diskussionen verweigert, hat kaum ehrliche Absichten.

us

Peter Orzechowski: «Durch Corona in die Neue Weltordnung». Kopp, Rottenburg 2021, 221 S., geb., (Richtpreis Fr. 28.90)  
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.–

**Bestellschein**

**Bestseller**

- Dr. K. Reiss, Dr. S. Bhakdi – Corona-Fehlalarm **à Fr. 19.70**
- Thilo Sarrazin – Der Staat an seinen Grenzen **à Fr. 31.40**
- Beat Kappeler – Der Superstaat **à Fr. 30.60**

**Schweiz**

- Oliver Zimmer – Wer hat Angst vor Tell? **à Fr. 26.10**

**Aktuell**

- Michael Klonovsky – Die neuesten Streiche ... **à Fr. 34.10**
- Paul Coleman – zensiert **à Fr. 23.30**

**Hörbuch**

- Susanne Kerckhoff – Berliner Briefe **à Fr. 28.70**

**Buchzeichen**

- Peter Orzechowski – Durch Corona in die Neue **à Fr. 26.00**

**Bestellung an:**

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach  
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(04/26.02.2021)

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Strasse/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_ Tel-Nr. \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_



**Sendungen** jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 26. Februar 2021

## Stammtisch-Live

**Kesb: Nur Fehlleistungen – oder Tragödien?**

Ulrich Schlüer im Gespräch mit Corinne Fonseca, Marianne Lander und Dr. med. et dipl. nat. Michel Egi

Freitag, 5. März 2021

## Landmann-Talk

**Marco Cortesi – die Stimme der Polizei**

im Gespräch mit Valentin Landmann

**Aufzeichnungen und Live-Sendungen werden wie geplant durchgeführt.**

**Aufgrund der aktuellen Lage ist jedoch die Anwesenheit von Zuschauern weder für Aufzeichnungen noch für Live-Sendungen erlaubt.**



Die nächste «Schweizerzeit»  
erscheint am

**5. März 2021**

# Schweizerzeit

## Impressum

**Herausgeberin:** «Schweizerzeit» Verlags AG,  
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9  
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9  
BIC: POFIGHBEXXX

**Verlagsleitung:** Ulrich Schlüer

**Redaktion:** Postfach 54, 8416 Flaach

**Telefon:** 052 301 31 00

**Telefax:** 052 301 31 03

**redaktion@schweizerzeit.ch**

**www.schweizerzeit.ch**

**Leitung:** Ulrich Schlüer, Hans Fehr

**Mitarbeiter:** Samuel Balsiger, Karl Eckstein,  
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,  
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,  
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit,  
Joël Thüring, Isabel Villalon

**Finanzen, Organisation:** Denise Betschart

**Inserate:** Markus Rezzonico, 079 332 61 61

**Layout, Druck:** Dietschi Print&Design AG,  
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,  
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

**Einzelpreis:** CHF 4.–, erscheint 14-täglich

**Jahresabonnement:** mind. CHF/EUR 80.–

## Aufstand der Anständigen

Die Schweizer sind ein geduldiges Volk. Schwört man sie auf ein Ziel ein und wird dies einigermaßen schlüssig begründet, sind die meisten von uns bereit, Opfer zu bringen und sich zurückzunehmen. So geschehen, als der Bundesrat im Frühjahr 2020 den ersten «Lockdown» verordnete. Sogar bei der Ausrufung des zweiten Lockdowns im Januar 2021 blieben die grossen Proteste aus.

Nun, da ein wesentlicher Teil der harten Einschränkungen mindestens bis Ende März verlängert wird, scheint der Wind zu drehen. Ein erstes Indiz hierfür ist die ausserordentliche Reichweite, welche eine Petition für eine sofortige Beendigung des Lockdowns innert weniger Wochen erreichte. Über 250'000 Personen forderten damit: «Stopp Lockdown!»

Ein noch viel eindrücklicheres Zeichen für diesen Stimmungswechsel sind die jüngsten Kundgebungen, die sich gegen die bundesrätliche Corona-Politik richten. In Wohlen AG beispielsweise versammelten sich über 2'000 Leute. Bemerkenswert ist weniger die Zahl der Teilnehmer als deren Zusammensetzung. Hier protestierte nicht das «übliche Demonstrationsvolk» der sogenannten gesellschaftlichen Pole – hier wagten Herr Müller und Frau Meier den Schritt vor die Tür und sagten: «Genug ist genug!»

Das ansonsten in der grossen Mehrheit demonstrations-averse Schweizer Volk streift die Staatsgläubigkeit in immer grösserer Zahl ab und wagt sich auf die Strasse. Bis eine solche Entwicklung einsetzt, muss zuvor einiges passiert sein! Man sah es schon seit längerem kommen: Im Alltag stach praktisch jedem irgendeine fragwürdige Massnahme ins Auge, die für ihn oder sie absolut keinen Sinn gemacht hat.

Das Einzige, was die Staatsmacht noch gekonnt einzusetzen vermag, ist das Spiel mit der Angst. Doch auch diese Taktik nützt sich irgendwann mal ab – mit dem Risiko, dass sie immer mehr Bürger in die Totalopposition drängt. Diese Gefahr ist nicht zu unterschätzen: Wer sich völlig frustriert von der Politik und den Medien abwendet, kann leicht in eine Parallelwelt abgleiten, in der blind allem geglaubt wird, was sich als «alternative Medien» bezeichnet.

Für diese «Spaltung der Gesellschaft» tragen Bundesrat und «Corona Task Force» die Hauptverantwortung.

Mein Appell: Lasst die Leute wieder normal leben und hebt die Massnahmen endlich auf!

Anian Liebrand

Schluss  
Punkt 